

# *Die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise*

Ein Bericht zu den laufenden Entwicklungen

*Univ.-Prof. Dr. Michael Wagner-Pinter*

**Synthesis** Forschung  
Gonzagagasse 15/3  
A-1010 Wien  
Telefon 310 63 25  
Fax 310 63 32  
E-Mail [office@synthesis.co.at](mailto:office@synthesis.co.at)  
<http://www.synthesis.co.at>

Der Sozialschutzausschuss und die Europäische Kommission berichten aufgrund des Beschlusses des BESO-/GEKO-Rates vom 15./16. Dezember 2008 regelmäßig über die sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009.

In diesem Zusammenhang erstellt das BMASK vierteljährlich einen Vortrag an den Ministerrat (»Monitoring über Sozialdaten«) und erhebt laufend einschlägige Daten.

Halbjährlich wird ein Bericht an die Europäische Kommission verfasst. Auch dieser Bericht stützt sich auf die Monitoringdaten, bietet darüber hinaus zusätzliche Erläuterungen, ohne das gut überschaubare, knappe Format zu überschreiten.

Im Folgenden ist der Entwurf für den zweiten Halbjahresbericht dargestellt. Dieser schließt an den ersten Halbjahresbericht an, dessen Endfassung im Rahmen von Erörterungen einer »Begleitgruppe« erstellt worden ist.

In seinem Aufbau entspricht der nun vorgelegte zweite Bericht dem ersten Bericht; vielfach sind die Tabellen in ihrer Struktur beibehalten worden, was den Vergleich zwischen den beiden »Hälften« des Krisenjahres 2009 erleichtern sollte.

Für das Redaktionsteam  
a.o. Univ.-Prof.  
Dr. Michael Wagner-Pinter

Wien, Mai 2010

<i>1</i>		
<i>Das Jahr 2009: kurz andauernder Wachstumseinbruch mit langfristigen Konsequenzen</i>		<i>5</i>
<hr/>		
<i>1.1</i>	<i>Worum geht es?</i>	<i>6</i>
<hr/>		
<i>1.2</i>	<i>Die unerwartete Heftigkeit des konjunkturellen Schocks</i>	<i>7</i>
<hr/>		
<i>1.3</i>	<i>Rascher Anstieg von Unternehmensinsolvenzen</i>	<i>8</i>
<hr/>		
<i>1.4</i>	<i>Erwartete Personalstandsreduktion im Lichte des Frühwarnsystems</i>	<i>9</i>
<hr/>		
<i>1.5</i>	<i>Kurzarbeit: eine temporäre Maßnahme betrieblichen Personalmanagements</i>	<i>10</i>
<hr/>		
<i>1.6</i>	<i>Die Länge der Wochenarbeitszeit bietet rasch umsetzbare Anpassungsmöglichkeiten</i>	<i>11</i>
<hr/>		
<i>1.7</i>	<i>Die Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen: zwei einander entgegenlaufende Tendenzen</i>	<i>12</i>
<hr/>		
<i>1.8</i>	<i>Von der Verringerung der Personalstände zum Anstieg der Arbeitslosigkeit</i>	<i>13</i>
<hr/>		
<i>1.9</i>	<i>Erneute Beschäftigungschancen?</i>	<i>14</i>
<hr/>		
<i>1.10</i>	<i>Oder (temporärer) Rückzug aus dem Erwerbsleben?</i>	<i>15</i>
<hr/>		
<i>1.11</i>	<i>Frauen und Männer: unterschiedliche Anpassungsmuster</i>	<i>16</i>
<hr/>		
<i>1.12</i>	<i>Alle Altersgruppen in gleichem Ausmaß betroffen?</i>	<i>17</i>
<hr/>		
<i>1.13</i>	<i>Erhöhte Betroffenheit aufgrund ausländischer Staatsbürgerschaft?</i>	<i>18</i>
<hr/>		
<i>1.14</i>	<i>Kommt es auf den erworbenen Ausbildungsabschluss an?</i>	<i>19</i>

<b>2</b>		
	<i>Die finanziellen Folgewirkungen der Beschäftigungsverluste für die privaten Haushalte</i>	<b>20</b>
<hr/>		
	<i>2.1 Verlust des Erwerbseinkommens</i>	<b>21</b>
<hr/>		
	<i>2.2 Von länger anhaltender Arbeitslosigkeit betroffen?</i>	<b>22</b>
<hr/>		
	<i>2.3 Einen Übertritt in das Pensionssystem anstreben?</i>	<b>23</b>
<hr/>		
	<i>2.4 Vermehrt auf Sozialhilfe angewiesen</i>	<b>24</b>
<hr/>		
	<i>2.5 Den Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können</i>	<b>25</b>
<hr/>		
	<i>2.6 Wenn es ganz eng wird</i>	<b>26</b>
<b>3</b>		
	<i>Aus der Perspektive der öffentlichen Hand: von der entschlossenen Intervention zur langfristigen Konsolidierung</i>	<b>27</b>
<hr/>		
	<i>3.1 Nachfrage stabilisieren</i>	<b>28</b>
<hr/>		
	<i>3.2 Arbeitsangebot qualifizieren</i>	<b>29</b>
<hr/>		
	<i>3.3 Öffentliche Ausgaben und Einnahmen in Einklang bringen</i>	<b>30</b>
	<b>Anhang</b>	
<hr/>		
	Verzeichnis der Übersichten	<b>32</b>
	Impressum	<b>35</b>

# 1

## *Das Jahr 2009: kurz andauernder Wachstumseinbruch mit langfristigen Konsequenzen*

---

1.1	<i>Worum geht es?</i>	6
1.2	<i>Die unerwartete Heftigkeit des konjunkturellen Schocks</i>	7
1.3	<i>Rascher Anstieg von Unternehmensinsolvenzen</i>	8
1.4	<i>Erwartete Personalstandsreduktion im Lichte des Frühwarnsystems</i>	9
1.5	<i>Kurzarbeit: eine temporäre Maßnahme betrieblichen Personalmanagements</i>	10
1.6	<i>Die Länge der Wochenarbeitszeit bietet rasch umsetzbare Anpassungsmöglichkeiten</i>	11
1.7	<i>Die Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen: zwei einander entgegenlaufende Tendenzen</i>	12
1.8	<i>Von der Verringerung der Personalstände zum Anstieg der Arbeitslosigkeit</i>	13
1.9	<i>Erneute Beschäftigungschancen?</i>	14
1.10	<i>Oder (temporärer) Rückzug aus dem Erwerbsleben?</i>	15
1.11	<i>Frauen und Männer: unterschiedliche Anpassungsmuster</i>	16
1.12	<i>Alle Altersgruppen in gleichem Ausmaß betroffen?</i>	17
1.13	<i>Erhöhte Betroffenheit aufgrund ausländischer Staatsbürgerschaft?</i>	18
1.14	<i>Kommt es auf den erworbenen Ausbildungsabschluss an?</i>	19

## 1.1

### *Worum geht es?*

Eine zeitnahe, robuste Orientierung ist für die sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung in Krisensituationen unverzichtbar. Nur auf diese Weise lassen sich rasch Maßnahmen setzen, wenn es darum geht, drohende Fehlentwicklungen durch die öffentliche Hand (zumindest partiell) auszugleichen oder im günstigsten Fall sogar überhaupt zu verhindern. Von diesem Gedanken hat sich der Sozialschutzausschuss im Dezember 2008 leiten lassen, als er das Monitoring zu den sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise etablierte.

Zu diesem Zweck ist für Österreich ein Set an Indikatoren zusammengestellt worden, mit deren Hilfe sich die Betroffenheit der verschiedenen sozialen Gruppen von dem schweren Wachstumseinbruch erfassen lässt: Dabei ist insbesondere auf die »Zeitnähe« der jeweils verfügbaren Information Bedacht genommen worden; im Regelfall sollen zwischen dem »Geschehen« und seiner »Erfassung« durch den Indikator nicht mehr als 12 Wochen liegen.

Von vornherein war klar, dass kurzfristig die soziale Lage der verschiedenen Gruppen von Haushalten vor allem durch die Verschlechterung der Erwerbschancen (am Arbeitsmarkt) beeinträchtigt sein würde; deshalb enthält das quantitative Monitoring vor allem Indikatoren zu den Bereichen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Erwerbsbeteiligung.

Ausgehend von den sich verschlechternden Erwerbschancen geht eine zweite Gruppe von Indikatoren darauf ein, ob es zu einer Konzentration der Lasten der Arbeitslosigkeit kommt; mit welcher Höhe an arbeitslosigkeitsbezogenen Transfers die Haushalte rechnen können; ob sie verstärkt auf Sozialhilfe angewiesen sind; ob sie in eine Schuldenfalle geraten.

Der dritte Abschnitt des Monitorings geht auf die Interventionen der öffentlichen Hand ein, insbesondere auch auf die Frage, welcher Übergang von der Krisenbewältigung zur Haushaltskonsolidierung in Aussicht genommen ist.

## 1.2

**Die unerwartete Heftigkeit des konjunkturellen Schocks**

Im Laufe des Jahres 2008 machte sich vorerst eine leichte konjunkturelle Abkühlung bemerkbar, die vielfach auf die besorgniserregenden Finanzmarktinstabilitäten zurückgeführt wurde. Noch zur Jahresmitte 2008 war davon auszugehen, dass das Wachstum des realen BIP im Jahr 2010 selbst im ungünstigsten Fall nicht unter +0,5% fallen würde. Doch dann wurde gegen Ende des dritten Quartals 2008 die Exportwirtschaft mit einem massiven Umsatzrückgang konfrontiert, der sich in der ersten Hälfte 2009 fortsetzte.

Österreichs Wirtschaftspolitik setzte (in Übereinstimmung mit den weltweiten Anstrengungen) auf expansive budgetpolitische Maßnahmen und vertrauenssichernde Garantieerklärungen (und liquiditätsstärkende Kapitalzuführungen) für die österreichischen Bankinstitute.

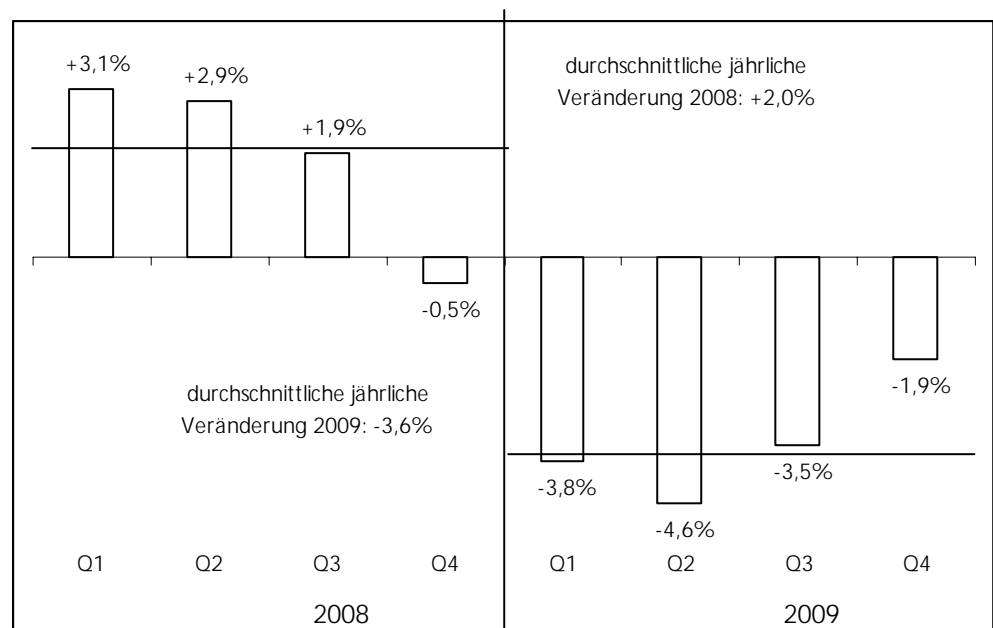
Binnenwirtschaftlich erwies sich auch der Konsum der privaten Haushalte als nachfragestützend, während die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit deutlich zurücknahmen. In der ersten Jahreshälfte schrumpfte das BIP gegenüber dem Vorjahresquartal und gegenüber dem Vorquartal. In der zweiten Hälfte stieg zwar das BIP erneut gegenüber dem vorangegangenen Quartal, lag aber noch immer deutlich unter den Vorjahresquartalen.

## Übersicht 1

**Veränderung des realen Brutto-Inlandsproduktes**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009 (saison- und arbeitstägig bereinigt)

Quelle:  
OeNB,  
Stand März 2010



### 1.3

#### **Rascher Anstieg von Unternehmensinsolvenzen**

Bereits die Finanzmarktinstabilitäten 2007/2008 verursachten bei größeren und mittleren Unternehmen spürbare Liquiditätsengpässe: sei es, dass die Abwertung der von ihnen hinterlegten Finanzaktiva nicht mehr zur Besicherung der Kredite ausreichte; sei es, dass ehrgeizige Expansionspläne unter der Voraussetzung niedriger Zinssätze begonnen worden waren und sich nun die Schuldenlasten als unfinanzierbar erwiesen.

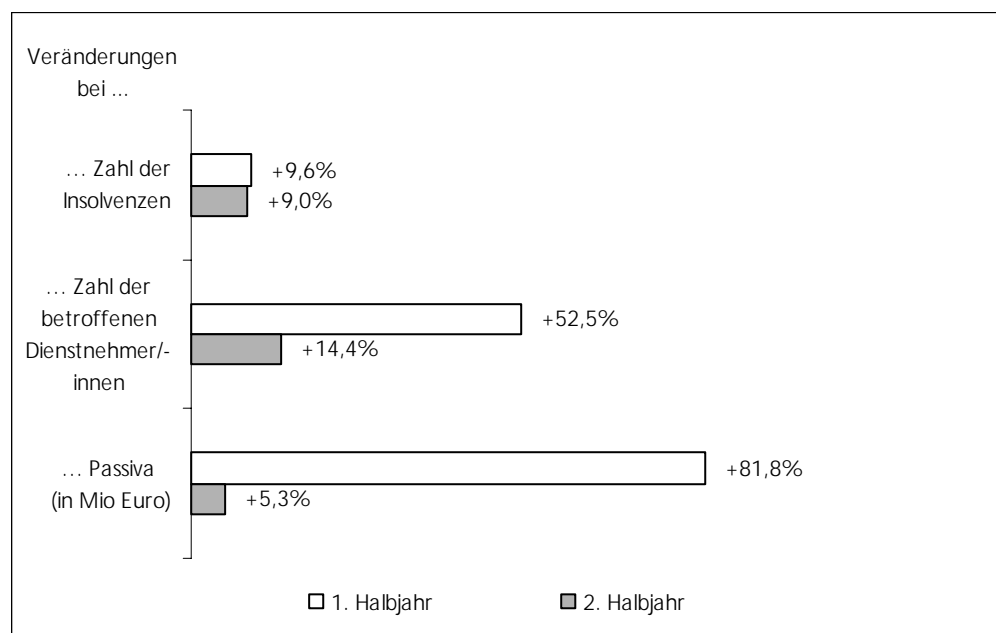
Unternehmungen mit hohen Anteilen der Fixkosten an den Gesamtkosten fehlte zudem die Flexibilität, sich an deutlich niedrigere Umsätze rasch genug anpassen zu können.

Alle drei Faktoren führten 2009 zu einem deutlichen Anstieg der Insolvenzen. Bereits in der ersten Jahreshälfte nahm die Zahl der Insolvenzen merklich zu; die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze weitete sich um mehr als die Hälfte aus, das Volumen der Passiva um über 80%. In der zweiten Jahreshälfte setzt sich diese Entwicklung nur mehr (deutlich) abgeschwächt fort.

#### Übersicht 2

##### **Insolvenzen: Unternehmen, Arbeitsplätze, Passiva**

Veränderungen in den beiden Halbjahren 2009 gegenüber den Halbjahren 2008, in %



Quelle:  
Kreditschutzverband von  
1870,  
Stand Jänner 2010

### 1.4

#### *Erwartete Personalstandsreduktion im Lichte des Frühwarnsystems*

Die Umsatzeinbrüche in einem krisenhaft wahrgenommenen Umfeld veranlassten vielfach Unternehmen dazu, deutliche Verringerungen ihres Personalstandes in Betracht zu ziehen. Dies verpflichtete sie dazu, dem Arbeitsmarktservice die Zahl der in Aussicht genommenen Kündigungen zu melden (sofern der Personalstand des Unternehmens 20 Beschäftigte überstieg).

Allein im Juni 2009 gingen im Arbeitsmarktservice 192 Meldungen ein; das war das 3,8-Fache der Meldungen von Juni 2008; die Zahl der beabsichtigten Kündigungen stieg um das 3,9-Fache.

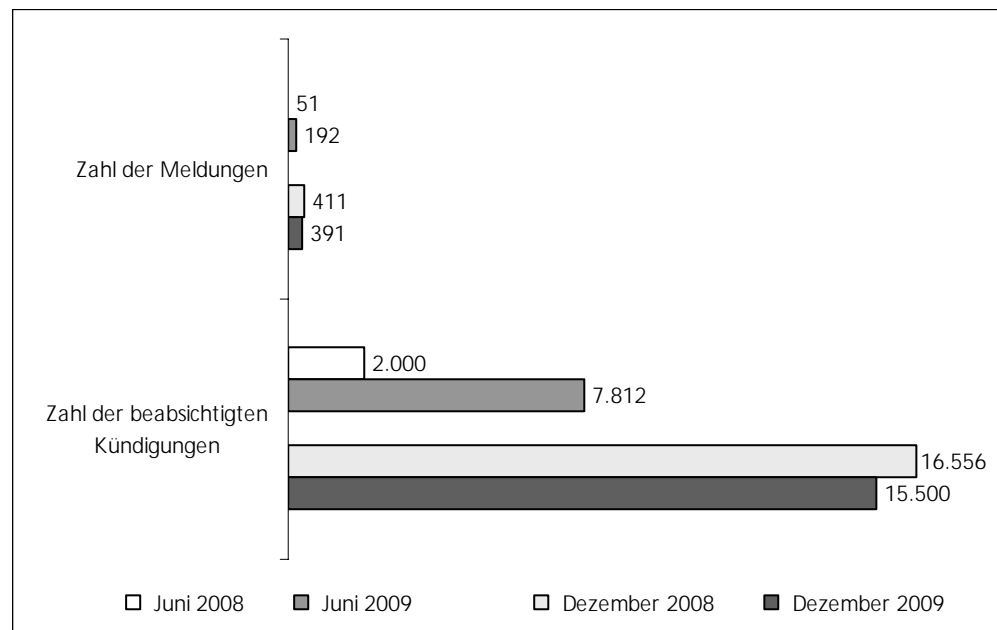
Am Ende des Jahres 2009 zeigte dieses Frühwarnsystem ein Festhalten auf »hohem« Niveau an; im Dezember 2009 lag die Zahl der Meldungen um 20 (und jene der beabsichtigten Kündigungen um knapp 1.000) unter den Werten von Dezember 2008.

#### Übersicht 3

#### *Frühwarnsystem: Zahl der Meldungen und beabsichtigten Kündigungen*

Juni/Dezember 2008 und Juni/Dezember 2009

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand März 2010



### 1.5

#### **Kurzarbeit: eine temporäre Maßnahme betrieblichen Personalmanagements**

In mittleren und größeren Unternehmen entschloss sich das Management vorerst, eine abwartende Haltung gegenüber dem weltweiten Wachstumseinbruch einzunehmen: Statt einer raschen Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen wurde der Umfang der Zeitarbeit zurückgefahren und für das fest angestellte Personal eine betriebspezifische Kurzarbeit vereinbart.

Eine solche Vorgehensweise lag insbesondere auch für Unternehmen nahe, bei denen die übergeordneten Konzernmütter erst Entscheidungen darüber treffen wollten, welche ihrer (globalen) Betriebsstandorte ihr Personal reduzieren würden (nicht zuletzt in Abhängigkeit von öffentlichen Zuschüssen und Vereinbarungen mit den Belegschaftsvertretungen).

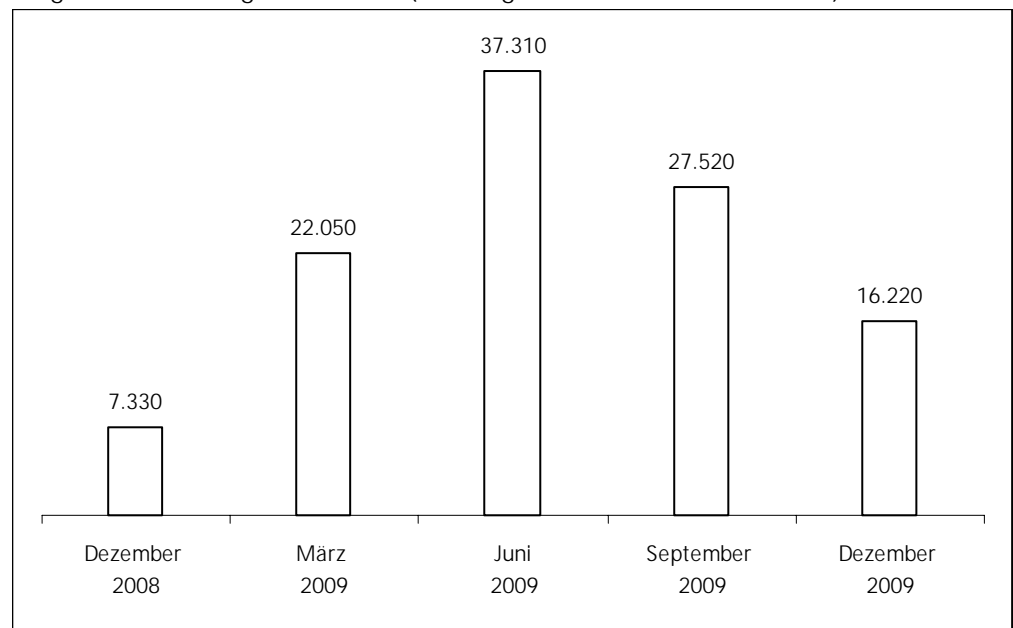
In einigen dieser (vor allem in der Warenerzeugung tätigen) Betriebe hat die Kurzarbeit bis zu einem Drittel aller Arbeitsplätze betroffen.

Der temporäre Charakter dieser Maßnahme lässt sich deutlich an der Entwicklung im Laufe des Jahres 2008/2009 ablesen.

#### Übersicht 4

##### **Kurzarbeit: Zahl der betroffenen Personen**

Ausgewählte Stichtage 2008/2009 (vorläufige Werte »Anzahl Personen«)



Quelle:

AMS-DWH – fdg\_personen, Stand 29.3.2010 (abrechnungsbedingte Zeitverzögerung der Implementierung der Daten zur Kurzarbeit in das AMS-DWH von 3 bis 6 Monaten)

## 1.6

**Die Länge der Wochenarbeitszeit bietet rasch umsetzbare Anpassungsmöglichkeiten**

Die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit bietet Unternehmen eine flexible Form kurzfristiger Reaktionen auf Umsatz- und Auslastungsschwankungen. Auch den Beschäftigten war angesichts der unsicheren Konjunkturaussichten im Zweifelsfall eine Reduktion der Wochenarbeitszeit lieber als der Verlust des Beschäftigungsverhältnisses. Bei Neuaufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen haben Unternehmen die formell vereinbarten Wochenarbeitszeiten herabgesetzt; bei Auslastungsspitzen konnte der Bedarf mit der Erbringung von Mehrstunden abgedeckt werden.

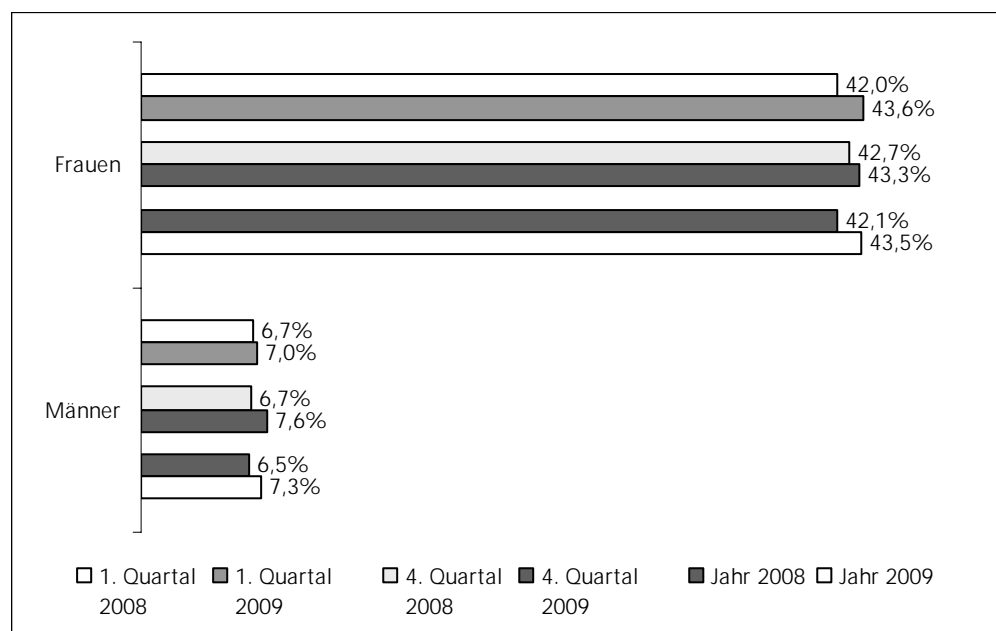
Dies hat den bereits bestehenden Trend zu Teilzeitarbeit weiter akzentuiert. So ist die Teilzeitquote von 2008 auf 2009 merklich angestiegen. Dies ist keineswegs auf Frauen beschränkt, wenngleich in ihrem Kreis die Teilzeitquote besonders hoch liegt.

## Übersicht 5

**Teilzeit: Beschleunigt sich der Trend?**

Teilzeitquoten unselbstständiger Beschäftigter 2008/2009

Quelle:  
Statistik Austria,  
Stand April 2010



## 1.7

**Die Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen: zwei einander entgegenlaufende Tendenzen**

Im Laufe eines Jahres kommt es am österreichischen Arbeitsmarkt zu rund 1,5 Mio. Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen. Diese sind u.a. teils die Folge von Arbeitgeberdispositionen (Stichworte: saisonale Auslastungsschwankungen, dauerhaftere Verringerung des Personalstandes), teils die Folge der Absicht von Erwerbstätigen, sich zu verändern.

Während eines konjunkturellen Abschwunges nehmen die arbeitgeberbedingten Auflösungen meist zu, die arbeitnehmerbedingten Auflösungen dagegen ab: Die Unternehmen verringern die Zahl ihrer Arbeitsplätze (mehr Auflösungen), die erwerbstätigen Frauen und Männer sind angesichts der wachsenden Unsicherheit vorsichtiger, die Absicht, sich zu verändern, auch tatsächlich umzusetzen (weniger Auflösungen).

## Übersicht 6

**Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen**

Anzahl absolut und Veränderung 2008 auf 2009

	<b>Absolut</b>		<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>	
	<b>Jänner bis Juni 2009</b>	<b>Juli bis Dezember 2009</b>	<b>Jänner bis Juni</b>	<b>Juli bis Dezember</b>
Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen	669.130	869.160	-0,2%	-5,1%
Davon:				
Produktionssektor	153.420	212.160	+11,3%	-7,2%
Dienstleistungssektor	502.420	620.820	-3,3%	-4,9%

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand März 2010

## 1.8

### *Von der Verringerung der Personalstände zum Anstieg der Arbeitslosigkeit*

Der Abbau von Arbeitsplätzen als Reaktion auf Umsatzverluste bringt für die Betroffenen unmittelbar soziale Belastungen mit sich: Sie verlieren ihr Erwerbseinkommen; sie sind (jedenfalls vorerst) auf soziale Transfers angewiesen.

In diesem Sinn ist der Arbeitsmarkt eine Schnittstelle (zwischen dem Wachstumseinbruch und den daraus resultierenden sozialen Folgen), die besondere Aufmerksamkeit verdient.

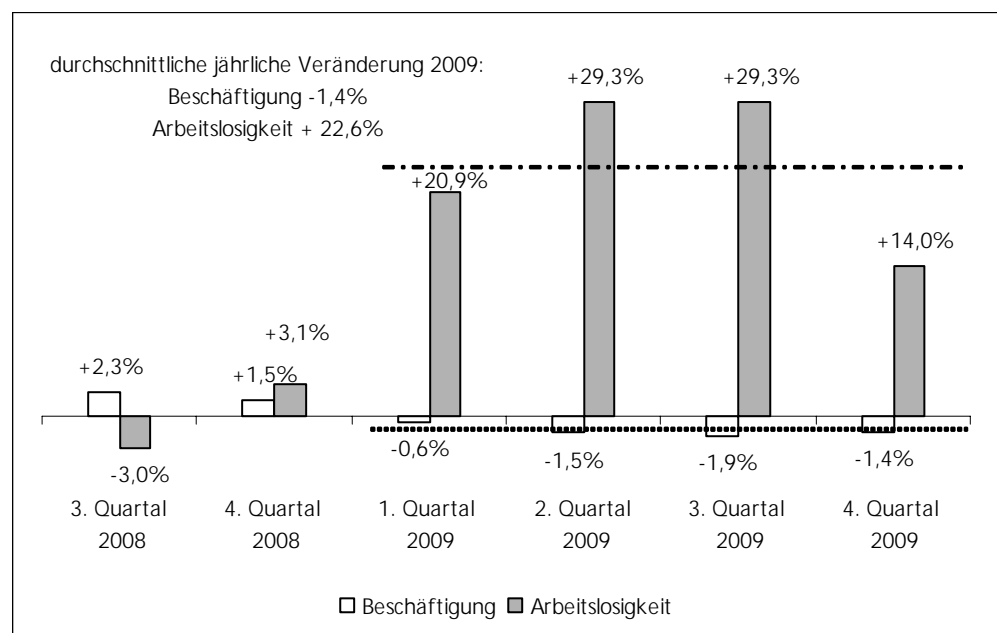
Besonders rasch hat die vorgemerkte Arbeitslosigkeit auf die Verschlechterung der Beschäftigungschancen reagiert. In den beiden ersten Quartalen des Jahres 2009 ist sie um +20,9% bzw. +29,3% gegenüber den Vorjahresquartalen angestiegen. Dieser Zuwachs flachte sich dann in der zweiten Jahreshälfte ab. Dazu haben sowohl arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (insbesondere die Aufstockung von Schulungsplätzen für Arbeitslose) als auch eine deutliche Dämpfung der Arbeitsangebotsentwicklung beigetragen.

#### Übersicht 7

#### *Beschäftigungsrückgang, steigende Arbeitslosigkeit*

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Quelle:  
BMASK-Bali,  
Stand März 2010



### 1.9

#### **Erneute Beschäftigungschancen?**

Ein großer Teil jener unselbstständigen Erwerbstätigen, deren Beschäftigungsverhältnis in den letzten Quartalen des Jahres 2008 oder den ersten Quartalen 2009 aufgelöst wurden, konnten damit rechnen, in absehbarer Zeit erneut ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen zu können. Denn der hohe Umschlag an Beschäftigungsverhältnissen kam auch während des Wachstumseinbruches nicht zum Stillstand. So wurden von Jänner bis Dezember 2009 insgesamt rund 1,5 Mio. Beschäftigungsverhältnisse (erneut) aufgenommen.

Das heißt allerdings nicht, dass die Vakanzen in den marktorientierten Betrieben von den Umsatzverlusten der Unternehmen unberührt geblieben sind. So sind in der ersten Jahreshälfte 2009 die Neuaufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen um 88.440 (11,3%) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zurückgegangen.

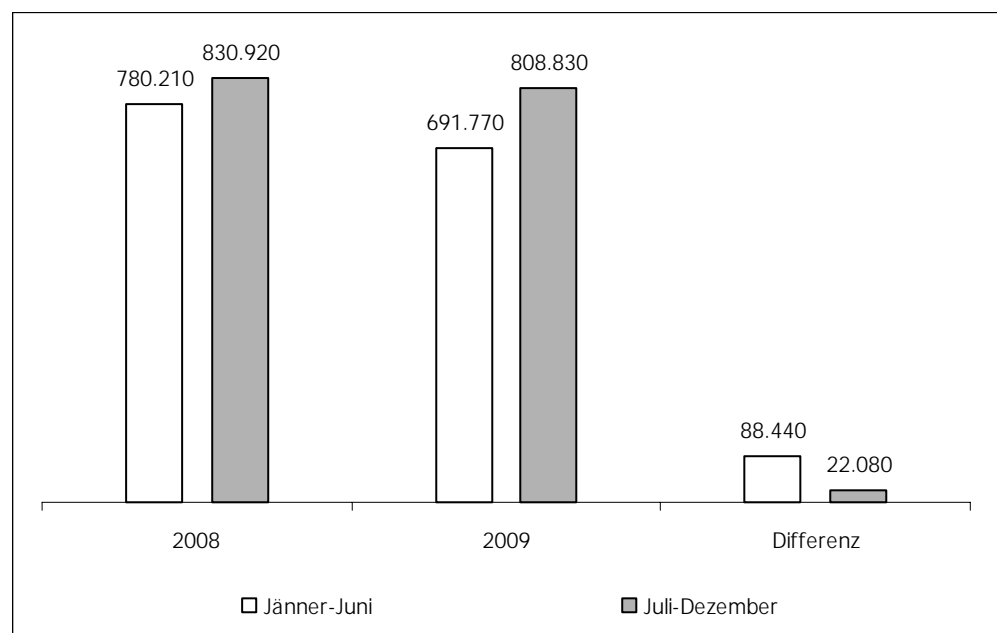
Dies lag vor allem an der Ausweitung des Kreises von Betrieben, die ihre Personalstände verringerten; diese setzten zwar keinen absoluten »Aufnahmestopp« um, wohl aber nahm die Zahl der von ihnen besetzten Vakanzen ab.

In der zweiten Jahreshälfte 2009 hat sich diese Entwicklung bereits wieder abgeschwächt.

#### Übersicht 8

##### **Neuaufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen**

Werte und Veränderungen 2008/2009



Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand März 2010

**1.10*****Oder (temporärer) Rückzug aus dem Erwerbsleben?***

Gerade jene Kreise an Erwerbspersonen, die (noch) nicht am (österreichischen) Arbeitsmarkt gut Fuß gefasst haben, reagieren auf eine Verschlechterung der Beschäftigungschancen mit einem »Ausstieg«.

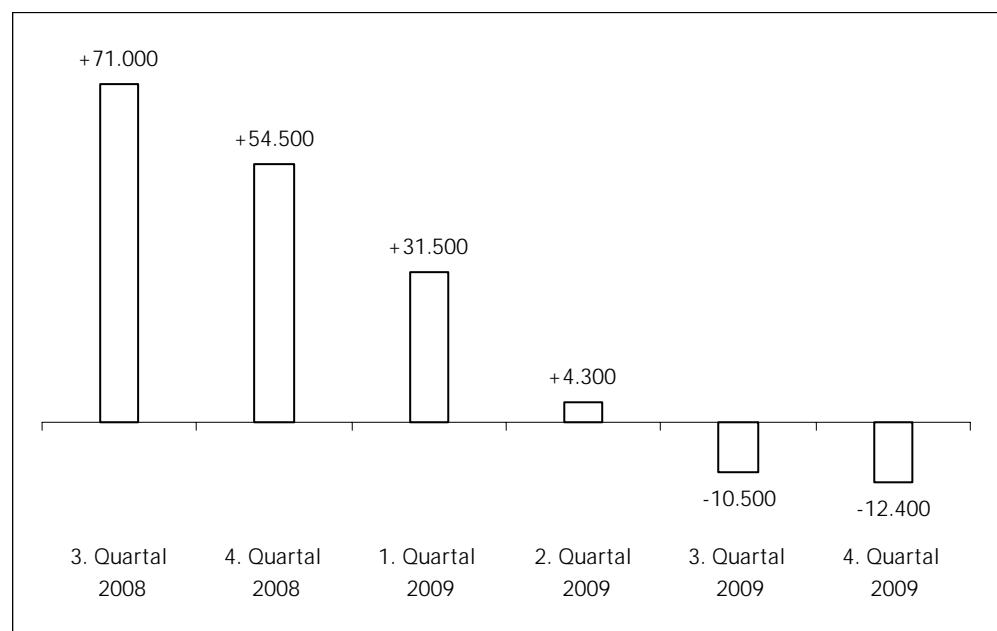
Dazu zählen: Jugendliche, die ihren Erwerbseintritt zeitlich verzögern; Saisonberufstätige (aus dem Ausland), die den österreichischen Arbeitsmarkt verlassen; Frauen, die länger in Karenz bleiben; Frauen und Männer, die aufgrund lokal ungünstigerer Möglichkeiten nur mehr während weniger Tage im Jahr in Beschäftigung stehen.

Aufgrund dieser Reaktionen ist die Arbeitsangebotsentwicklung im Jahr 2009 weit unter den langfristigen Trend gefallen: Von +31.500 im 1. Quartal 2009, +4.300 im 2. Quartal auf –10.500 im 3. Quartal und –12.400 im 4. Quartal. Dieser Rückgang wäre allerdings nicht so stark ausgefallen, hätte das Arbeitsmarktservice aufgrund intensiverer Schulungstätigkeit nicht das »marktwirksame« Arbeitsangebot deutlich verringert.

**Übersicht 9*****Entwicklung des Arbeitsangebotes***

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009

Quellen:  
BMASK-Bali,  
Stand März 2010



### 1.11

#### *Frauen und Männer: unterschiedliche Anpassungsmuster*

Die Dämpfung der betrieblichen Arbeitskräftenachfrage ist in Wirtschaftszweigen mit überproportionaler weiblicher Beschäftigung weniger stark ausgefallen als in männerdominierten Branchen. So ist die Frauenbeschäftigung in der ersten Jahreshälfte 2009 um +0,4% gewachsen und in der zweiten Jahreshälfte um -0,3% zurückgegangen. Das konnte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Frauen nicht verhindern (1. Jahreshälfte 2009: +13,8%; 2. Jahreshälfte: +14,6%). Denn das Arbeitsangebot weiblicher Erwerbstätiger nahm mehr zu als die Beschäftigungsmöglichkeiten (1. Jahreshälfte 2009: +1,2%, 2. Jahreshälfte: +0,6%).

Der Rückgang der Männerbeschäftigung (insbesondere im Produktionsbereich) war von einer Abnahme des Arbeitsangebotes begleitet (1. Jahreshälfte 2009: -0,1%, 2. Jahreshälfte: -1,1%). Dies reichte allerdings nicht aus, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Männern zu verhindern. Absolut gesehen fiel die Erhöhung des Bestandes an arbeitslosen Männern mehr als doppelt so hoch aus als jener an arbeitslosen Frauen.

#### Übersicht 10

##### *Geschlechtsspezifische Entwicklungen*

Veränderungen 2009 gegenüber 2008, in %

	<b>1. Halbjahr 2009</b>		<b>2. Halbjahr 2009</b>	
	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>
Arbeitskräfteangebot	+1,2%	-0,1%	+0,6%	-1,1%
Arbeitslosigkeit	+13,8%	+32,6%	+14,6%	+25,7%
Beschäftigung	+0,4%	-2,3%	-0,3%	-2,7%

Quellen:  
BMASK-Bali,  
Stand März 2010

### 1.12

#### *Alle Altersgruppen in gleichem Ausmaß betroffen?*

Der Wachstumseinbruch betrifft die Arbeitsmarktpositionierung der einzelnen Altersgruppen von Erwerbstätigen auf recht unterschiedliche Weise. Das wird insbesondere an den demografischen Rändern der Erwerbspersonen sichtbar.

Junge erwerbstätige Frauen und Männer (bis zu einem Alter von 25 Jahren) sahen ihre Beschäftigungsmöglichkeiten überdurchschnittlich sinken; ihr Arbeitsangebot ging zurück (was nicht durch eine schmaler werdende demografische Basis verursacht war); ihre Vormerkung zur Arbeitslosigkeit nahm um +25,9% zu.

Im Haupterwerbsalter (25–54 Jahre) nahm die Beschäftigung ab, was bei einem Anstieg des Arbeitsangebotes notwendigerweise zu einem Zuwachs der Arbeitslosigkeit führte.

In der Altersgruppe »55–64 Jahre« (in der Männer überproportional vertreten sind) nahmen bei ausgeprägtem Angebotswachstum die Beschäftigungsmöglichkeiten zu, wodurch die Arbeitslosigkeit nur unterdurchschnittlich wuchs.

#### Übersicht 11

##### *Alterspezifische Entwicklung*

Veränderung 2009 gegenüber 2008, in %

Quellen:  
BMASK-Bali,  
Stand März 2010

	<u>15–24 Jahre</u>	<u>25–54 Jahre</u>	<u>55–64 Jahre</u>
<u>Arbeitskräfteangebot</u>	-1,9%	+0,2%	+2,6%
<u>Arbeitslosigkeit</u>	+25,9%	+23,2%	+13,6%
<u>Beschäftigung</u>	-3,9%	-1,3%	+1,8%

### 1.13

#### ***Erhöhte Betroffenheit aufgrund ausländischer Staatsbürgerschaft?***

Zahlreiche österreichische Betriebe beschäftigen erwerbstätige Frauen und Männer mit ausländischer Staatsbürgerschaft als »Kernbelegschaft«, die nicht bloß der Abdeckung von Spitzenbelastungen dient; das gilt auch für Saisonberufe. Dieser Positionierung von ausländischen Arbeitskräften entspricht, dass sie im Jahr 2009 nicht stärker von dem Arbeitsplatzabbau betroffen waren als österreichische Arbeitskräfte.

Verlieren ausländische Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz, so lassen sie sich entsprechend der langjährigen Aufenthaltsperspektive als arbeitslos vormerken, um eine neue Beschäftigung zu suchen. Das Angebot ausländischer Arbeitskräfte ist daher (in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten) keineswegs elastischer als jenes der inländischen Erwerbspersonen. So ist das ausländische Arbeitsangebot (dem langfristigen Trend entsprechend) auch im Jahr 2009 gewachsen; die Arbeitslosigkeit unter Frauen und Männern mit ausländischer Staatsbürgerschaft ist dadurch überdurchschnittlich gewachsen.

#### Übersicht 12

#### ***Arbeitsmarktentwicklung inländischer und ausländischer unselbstständiger Erwerbstätiger***

Veränderung 2009 gegenüber 2008, in %

Quellen:  
BMASK-Bali,  
Stand März 2010

	<b><i>Inländer/-innen</i></b>	<b><i>Ausländer/-innen</i></b>
Arbeitskräfteangebot	-0,1%	+1,1%
Arbeitslosigkeit	+21,5%	+27,8%
Beschäftigung	-1,4%	-1,3%

## 1.14

**Kommt es auf den erworbenen Bildungsabschluss an?**

Im Wachstumseinbruch waren Erwerbstätige in einem Produktionsberuf besonders stark von Arbeitsplatzverlusten betroffen. Ein Teil von ihnen verfügt über keinen (in Österreich anerkannten) Bildungsabschluss, der über die Schulpflicht hinausführt. Ein anderer Teil hat eine einschlägige Lehre durchlaufen, die aber keinen Schutz vor Arbeitslosigkeit bieten konnte; deshalb ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Erwerbstätigen mit abgeschlossener Lehrzeit überdurchschnittlich angestiegen. Im Jahr 2009 ist auch die Arbeitslosigkeit von Personen mit akademischer Ausbildung stark gestiegen (wenn auch auf niedrigem Niveau).

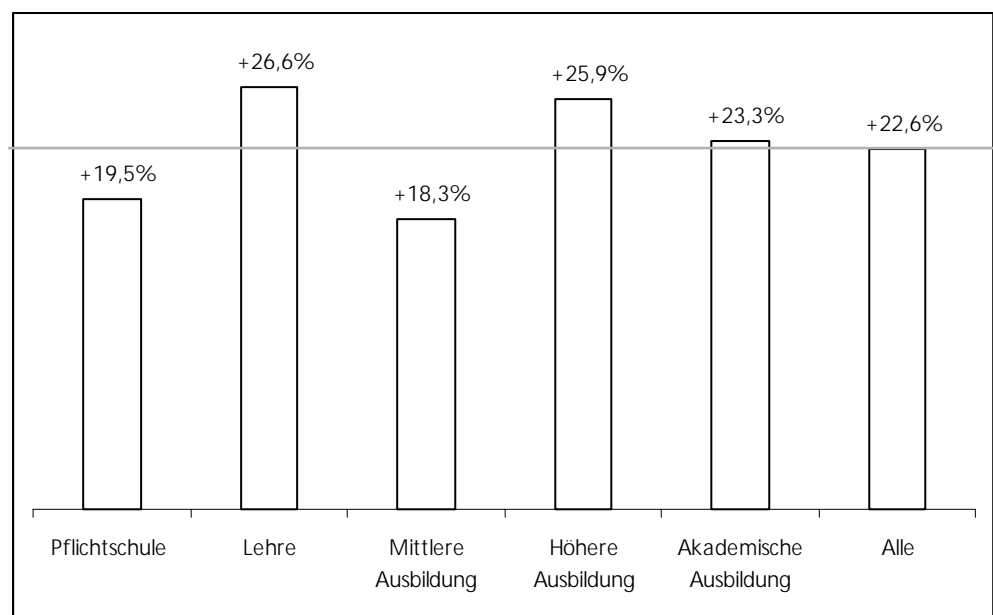
Allerdings verfügen Arbeitslose mit abgeschlossener Lehrzeit / Ausbildung mittelfristig über deutlich bessere Wiederbeschäftigungschancen als Frauen und Männer, die nach Erfüllung ihrer Schulpflicht gleich in das Arbeitsleben eingestiegen waren.

Da der Wachstumseinbruch international agierende Unternehmen veranlasst, Betriebsstätten in Österreich aufzugeben, werden die Erwerbstätigen mit einer bloßen Mindestausbildung zusätzlich an Beschäftigungschancen verlieren; sie werden weiterhin die größte Gruppe unter den Arbeitslosen stellen.

## Übersicht 13

**Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bildungsabschlüssen**

Veränderung 2009 gegenüber 2008, in %



Quelle:  
BMASK-Bali,  
Stand März 2010

## 2

### *Die finanziellen Folgewirkungen der Beschäftigungsverluste für die privaten Haushalte*

---

<i>2.1</i>	<i>Verlust des Erwerbseinkommens</i>	<i>21</i>
<i>2.2</i>	<i>Von länger anhaltender Arbeitslosigkeit betroffen?</i>	<i>22</i>
<i>2.3</i>	<i>Einen Übertritt in das Pensionssystem anstreben?</i>	<i>23</i>
<i>2.4</i>	<i>Ver mehrt auf Sozialhilfe angewiesen</i>	<i>24</i>
<i>2.5</i>	<i>Den Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können</i>	<i>25</i>
<i>2.6</i>	<i>Wenn es ganz eng wird</i>	<i>26</i>

## 2.1

**Verlust des Erwerbseinkommens**

Der Abbau von Personalständen hat für die Betroffenen stets den Verlust des Erwerbseinkommens mit sich gebracht. Sofern sie sich umgehend als arbeitslos vormerken haben lassen, konnte der weit überwiegende Teil von ihnen mit »Ersatzleistungen« in Form des Arbeitslosengeldes rechnen. Inwieweit das Arbeitslosengeld auch nur temporär dem betreffenden Haushalt ein finanzielles Auskommen oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht, hängt von dem Beschäftigungseinkommen ab, das als Bemessungsgrundlage herangezogen wird. Da das Arbeitslosengeld nur im Mittel jene Höhe erreicht, an der auch die »Bedarfsorientierte Mindestsicherung« (gegenüber Armutgefährdung) orientiert ist, wird diese Versicherungsleistung häufig nicht ausreichen, um finanzielle Engpässe zu vermeiden.

Allerdings haben gerade Frauen und Männer, die schon in konjunkturell guten Jahren nur unzureichend in das Beschäftigungssystem integriert waren, bei dem Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht die Voraussetzung zum Bezug von Arbeitslosengeld erfüllt; sie können keine Versicherungsleistungen aus dem Titel der Arbeitslosigkeit in Anspruch nehmen. In diesen Fällen wird jedoch in der Regel eine Unterstützung in Form der Sozialhilfe gewährt.

## Übersicht 14

**Durchschnittliche Höhe der Transferleistungen pro Monat**

Oktober 2009

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand März 2010

	<b>Höhe der Transferleistung in Euro</b>		
	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>	<b>Insgesamt</b>
Arbeitslosengeld	729,-	885,-	811,-
Notstandshilfe	531,-	671,-	617,-
Pensionsvorschuss	576,-	700,-	655,-

## 2.2

### *Von länger anhaltender Arbeitslosigkeit betroffen?*

Die Frauen und Männer, die aufgrund der zurückgegangenen betrieblichen Arbeitskräfte arbeitslos geworden sind, haben recht unterschiedliche Chancen auf eine erneute Beschäftigungsintegration innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes; sind die Chancen sehr niedrig gewesen, mussten sich die betreffenden Personen (und ihre Haushalte) darauf einrichten, mit Transferleistungen ihr finanzielles Auskommen zu finden.

Niedrige Chancen auf eine erneute Beschäftigungsintegration führen im Regelfall zu einer beobachtbaren Langzeitbeschäftigungslosigkeit. In diesem Sinn zeigt der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen (an allen vorgemerkten Arbeitslosen) an, mit welcher Konzentration der mit Arbeitslosigkeit verbundenen Lasten als Folge des Wachstumseinbruches zu rechnen ist (wenngleich bei Einsetzen des verstärkten Zustromes zum Arbeitslosenregister der Kreis der Langzeitbeschäftigungslosen vorerst langsamer wächst als der Gesamtbestand).

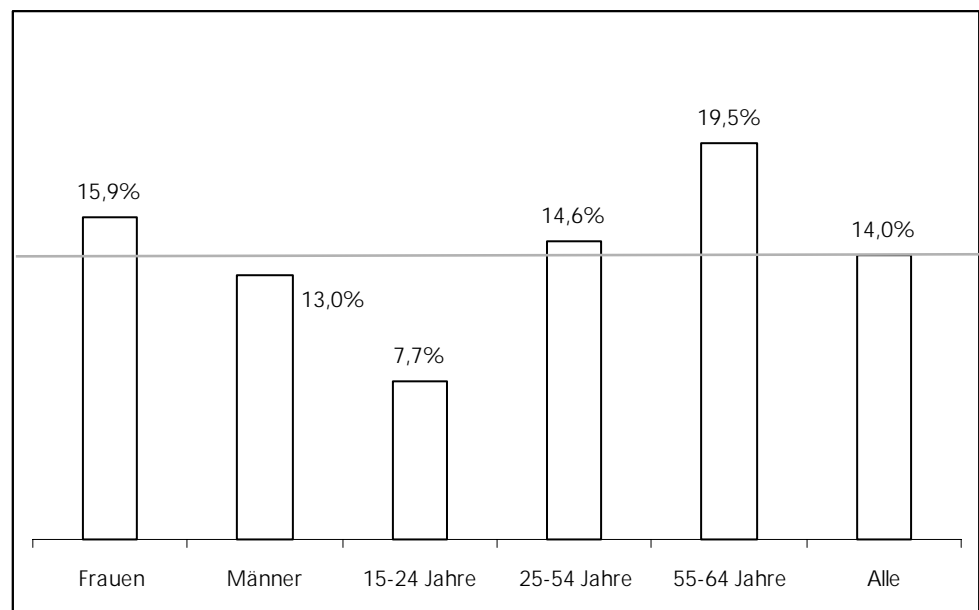
Das Risiko einer Langzeitbeschäftigungslosigkeit steigt mit zunehmendem Alter an; es ist für die Altersgruppe 55–64 Jahre um ein Drittel größer als im Haupterwerbsalter, für Jugendliche dagegen halb so hoch.

#### Übersicht 15

#### *Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an den einzelnen Gruppen von Arbeitslosen*

Stichtag Dezember 2009

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand März 2010



### 2.3

#### *Einen Übertritt in das Pensionssystem anstreben?*

Wenn die Chancen auf eine erneute Integration in das Beschäftigungssystem nach dem Verlust des Beschäftigungsverhältnisses als sehr niedrig eingeschätzt werden, bietet sich für die betroffenen älteren Erwerbstätigen die Option, einen Übertritt in das Pensionssystem zu versuchen. Dies liegt umso näher, wenn die arbeitslosen Frauen und Männer sich mit gesundheitlichen und mentalen Beeinträchtigungen konfrontiert sehen.

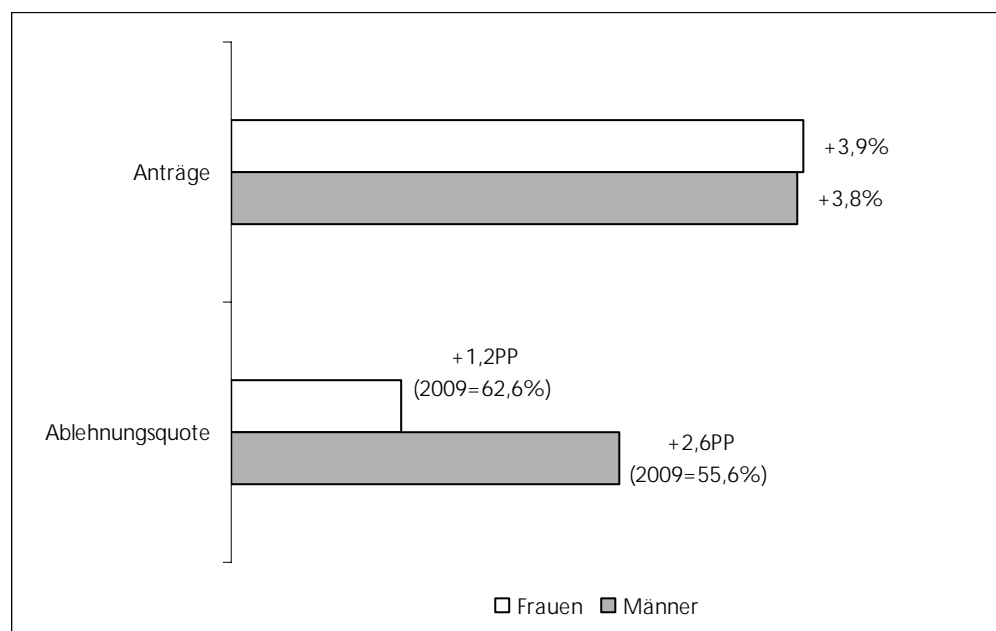
Einen Schritt in diese Richtung haben jene Frauen und Männer unternommen, die im Jahr 2009 einen Antrag auf Invaliditätspension gestellt haben. Insgesamt sind 76.137 Anträge (40% von Frauen, 60% von Männern) im Laufe des Jahres 2009 gestellt worden; das waren um +3,9% mehr als im Jahr zuvor.

Keineswegs erfüllen alle Anträge die Voraussetzungen für die Zuerkennung einer Invaliditätspension. Deutlich mehr als die Hälfte der Anträge wird abgelehnt; für Frauen lag die Ablehnungsquote bei 62,6%, für Männer bei 55,6% (in Bezug auf teils schon im Jahr 2008 gestellte Anträge). Die Ablehnungsquote stieg 2009 (gegenüber 2008) um +1,2 Prozentpunkte für Frauen und +2,6 Prozentpunkte für Männer.

#### Übersicht 16

##### *Invaliditätspension: Anträge und Ablehnungsquoten*

Veränderung 2009 gegenüber 2008 (in Prozent/Prozentpunkten=PP)



Quelle:  
BMASK,  
Stand März 2010

## 2.4

**Ver mehrt auf Sozialhilfe angewiesen**

Sind Haushalte aufgrund eines unzureichenden Erwerbseinkommens (oder dessen Verlust) einem akuten Verarmungsrisiko ausgesetzt, können sie auch Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Dies ermöglicht auch den Bezug von Geldleistungen, die das Haushaltseinkommen bis zur Höhe eines Richtsatzes »ergänzen«. (Höhe und Bezugsvoraussetzungen für diese Geldleistungen, die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich festgelegt waren, werden ab Herbst 2010 österreichweit als »Bedarfsorientierte Mindestsicherung« einheitlich ausgestaltet.)

Ein rasches Ansteigen des Kreises der Sozialhilfe empfangenden Personen (Haushalte) wäre ein Anzeichen für die Belastungen, mit denen sich insbesondere einkommensschwächere Haushalte angesichts der Wachstumskrise konfrontiert sehen.

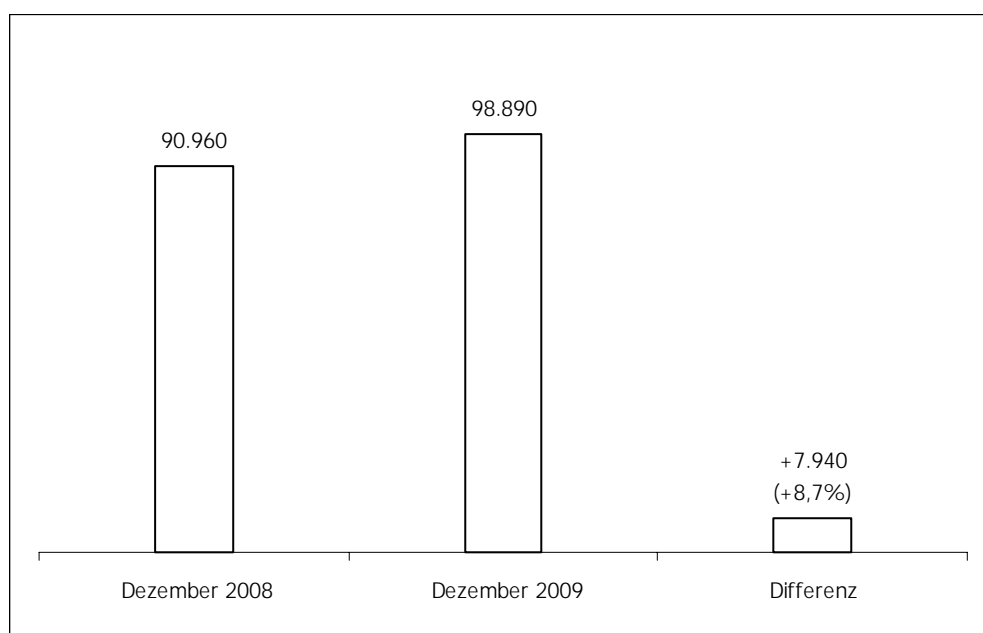
Die fragmentierte Datenlage erlaubt keinen umfassenden Befund, wohl aber zeigen die Informationen aus ausgewählten Gebietskörperschaften eine deutliche Ausweitung des Personenkreises, der im Rahmen der offenen Sozialhilfe Geldleistungen erhält.

## Übersicht 17

**Geldleistungen der offenen Sozialhilfe: die Ausweitung des Personenkreises**

Zahl der Personen (Haushalte) in ausgewählten Gebietskörperschaften

Quelle:  
BMASK,  
Stand März 2010  
(auf der Basis von Daten aus  
7 Bundesländern)



## 2.5

### ***Den Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können***

Ein erheblicher Teil des Netto-Haushaltseinkommens ist bei vielen Haushalten durch vertragliche Vereinbarungen in Form monatlicher Zahlungen gebunden. Kommt es zu spürbaren Einkommenseinbußen aufgrund eines Rückganges (oder gänzlichen Verlustes) des Beschäftigungseinkommens, dann geraten die betreffenden Haushalte in Zahlungsschwierigkeiten.

Für einkommensschwächere Haushalte mag selbst die Bezahlung der monatlichen Miete, der Strom- oder Gasrechnung zum Problem werden; es häufen sich Rückstände an, die kaum mehr zu bewältigen erscheinen.

Sind in »besseren« Zeiten zudem Kredite aufgenommen worden, so erschwerte auch die restriktivere Geschäftspolitik der Banken und Sparkassen im Jahr 2009 die Bedienung oder Refinanzierung der noch aushaftenden Kredite.

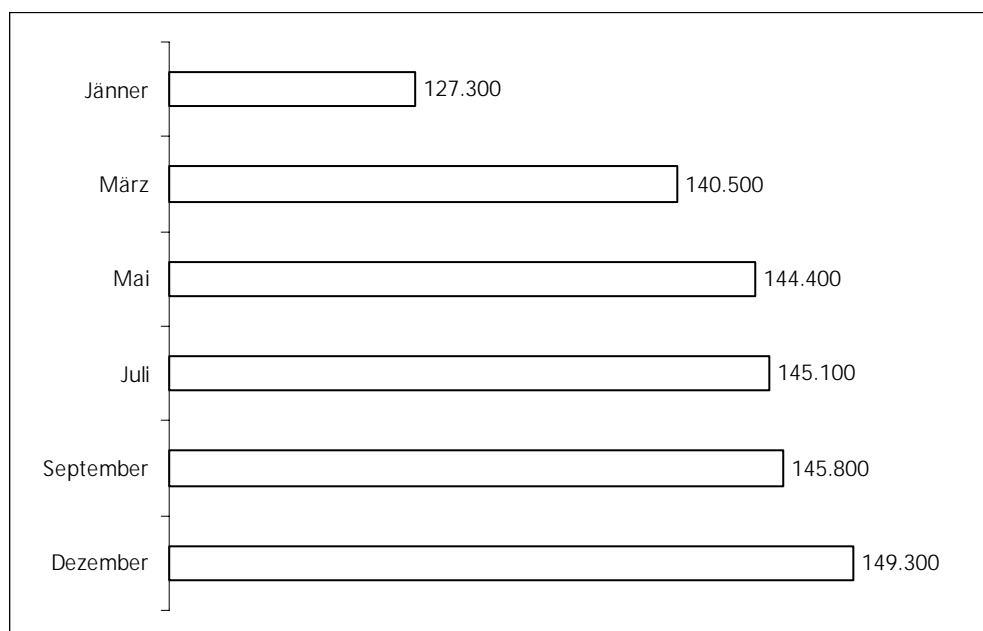
Die Folgen der Finanz- und Wachstumskrise spiegelt eine Statistik der Personen mit massiven Zahlungsstörungen wider. Umfasste dieser Kreis im Jänner 2009 rund 127.300 Personen, so waren es im Juli 2009 rund 145.100 und im Dezember 2009 rund 149.300 Personen.

#### Übersicht 18

#### ***Zahl der Personen mit massiven Zahlungsstörungen (Kredite)***

Entwicklung im Laufe des Jahres 2009

Quelle:  
Kreditschutzverband von  
1870,  
Stand März 2010



## 2.6

### *Wenn es ganz eng wird*

Die aufgrund von Einkommens- und Vermögensverlusten eintretende Überschuldung bedroht die Existenzgrundlage der Haushalte. Diese können sich an die regionalen Einrichtungen einer »Schuldnerberatung« wenden. Die statistischen Aufzeichnungen dieser Schuldnerberatungsstellen zeigen deutlich typische Ursachenkonstellationen, die zwar auch in Jahren durchschnittlichen Wachstums zu beobachten sind, durch die Finanz- und Wachstumskrise aber noch deutlich akzentuiert werden.

So ist die Zahl der ratsuchenden Personen von 47.500 im Jahr 2008 auf 52.600 im Jahr 2009 gestiegen (was teils auch auf die notwendige Ausweitung der Beratungskapazität zurückzuführen ist).

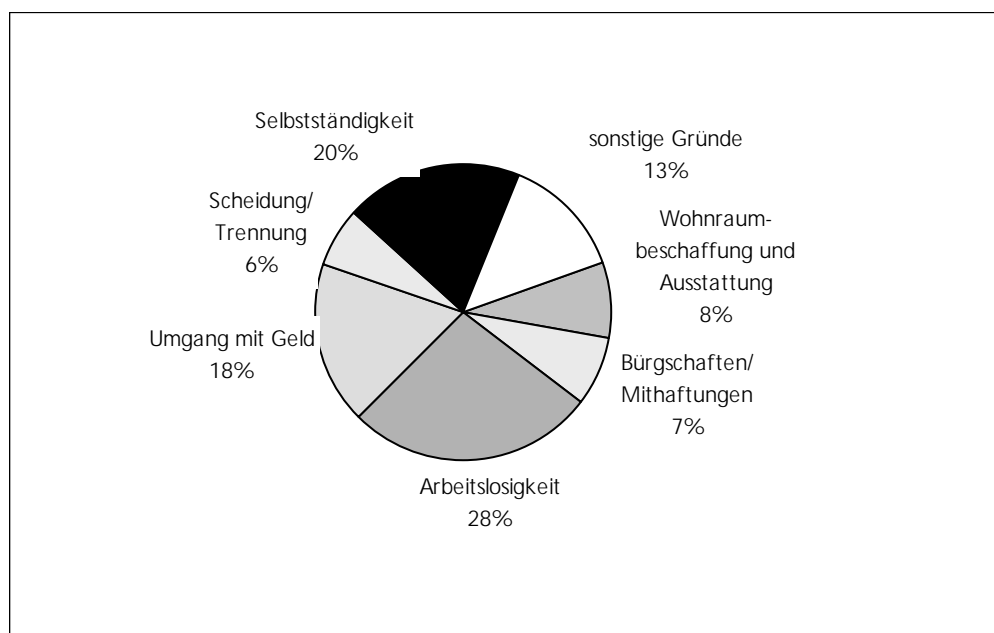
Die zu einer Überschuldung (und dem möglicherweise nachfolgenden Privatkonkurs) führenden Konstellationen umfassen ein breites Spektrum: von der persönlichen Haftung von Kleinunternehmern/Kleinunternehmerinnen für ihre Betriebskredite über schlagend gewordene Bürgschaften (die etwa Frauen für ehemalige Lebenspartner abgegeben haben) zu Einkommensverlusten aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Verzug bei der Rückzahlung von Krediten, die zur Wohnraumbeschaffung aufgenommen wurden. Diese Ursachen treten auch kumulativ auf.

#### Übersicht 19

#### *Der überwiegende Grund für eine Überschuldung*

Einfachnennung bei Erstberatung, 2009

Quelle:  
ASB Schuldnerberatungen  
GmbH, Schuldenreport 2009  
und 2010



### 3

## *Aus der Perspektive der öffentlichen Hand: von der entschlossenen Intervention zur langfristigen Konsolidierung*

---

3.1	<i>Nachfrage stabilisieren</i>	28
3.2	<i>Arbeitsangebot qualifizieren</i>	29
3.3	<i>Öffentliche Ausgaben und Einnahmen in Einklang bringen</i>	30

### 3.1

#### *Nachfrage stabilisieren*

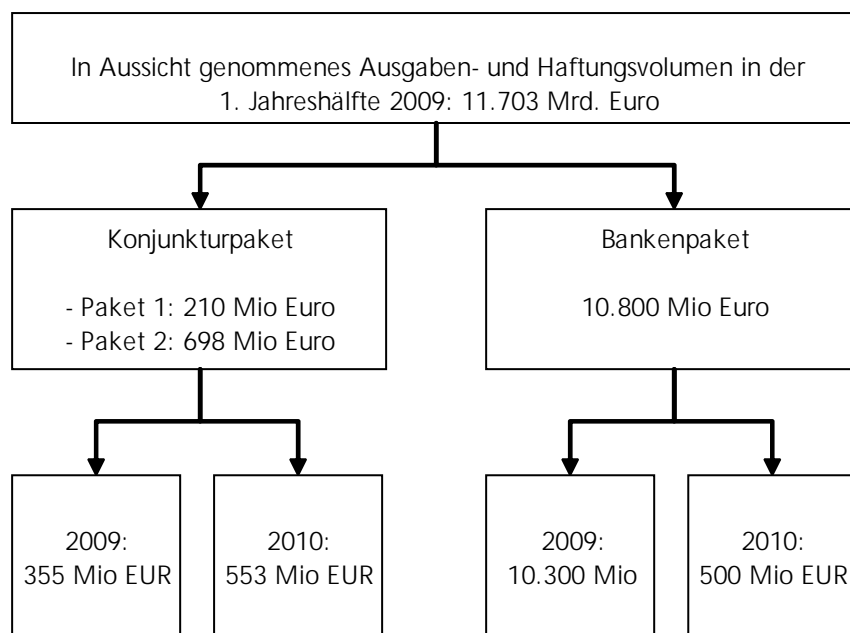
Die öffentliche Hand schlug bereits am Beginn der Wachstumskrise einen expansiven Kurs ein; es galt vordringlich, die heimische Nachfrage angesichts des Einbruchs der Exportwirtschaft zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang wurden zwei Konjunkturpakete beschlossen. Diese setzten vor allem Fördermaßnahmen, die den privaten Konsum (Verschrottungsprämie), private Investitionen in Immobilien (thermische Sanierung), F&E- und Marketingaktivitäten privater Unternehmen anregen sollten. Ferner wurde das Vorziehen bereits geplanter Infrastrukturinvestitionen angekündigt.

Besondere Aufmerksamkeit zogen die Instabilitäten der Finanzmärkte auf sich. Und zwar aus zwei Gründen: Einerseits sollte sichergestellt werden, dass Unternehmen (aller Größenordnungen) von einer Kreditklemme verschont bleiben sollten (um nicht die Investitionstätigkeit weiter zu dämpfen). Andererseits galt es zu verhindern, dass die angesichts beträchtlicher Verluste unzureichende Kapitalausstattung einiger Banken einen Dominoeffekt auslösen würde. Die für diesen Zweck bereitgestellten Mittel übertrafen jene der Konjunkturpakete bei Weitem.

Insgesamt ist es auf diese Weise gelungen, die Erwartungen der privaten Haushalte und Unternehmen soweit zu stabilisieren, dass ein kumulativer Verfall der Inlandsnachfrage vermieden werden konnte.

#### Übersicht 20

#### *Stabilisierung der Erwartungen durch Konjunktur- und Bankenpaket*



Quelle:  
BMF,  
Stand März 2010

### 3.2

#### **Arbeitsangebot qualifizieren**

Im Rahmen von zwei Arbeitsmarktpaketen sollte der Anstieg der Arbeitslosigkeit gedämpft, die Versicherungsleistungen für Arbeitslose verbessert und die Zeiten der Arbeitslosigkeit (und Kurzarbeit) offensiv für Qualifikationsanstrengungen genutzt werden.

Das Arbeitsmarktpaket 2 hat durch seine Maßnahmen insgesamt 322.500 Erwerbspersonen erfasst. Einen wesentlichen Beitrag für die Sicherung von Beschäftigung war die Neugestaltung der Kurzarbeit, die rund 30.000 Beschäftigte (kurzfristig) vor Arbeitslosigkeit bewahrte und längerfristig den Abbau von rund 15.000 Arbeitsplätzen verhindert hat.

Im Laufe des Jahres 2009 stockte dann das Arbeitsmarktservice sein Kontingent an »Schulungsplätzen und Maßnahmen« schrittweise deutlich auf. Das bot einem erheblichen Teil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen die Möglichkeit, sich beruflich neu zu orientieren und mithilfe von Förderungen im Beschäftigungssystem erneut Fuß zu fassen.

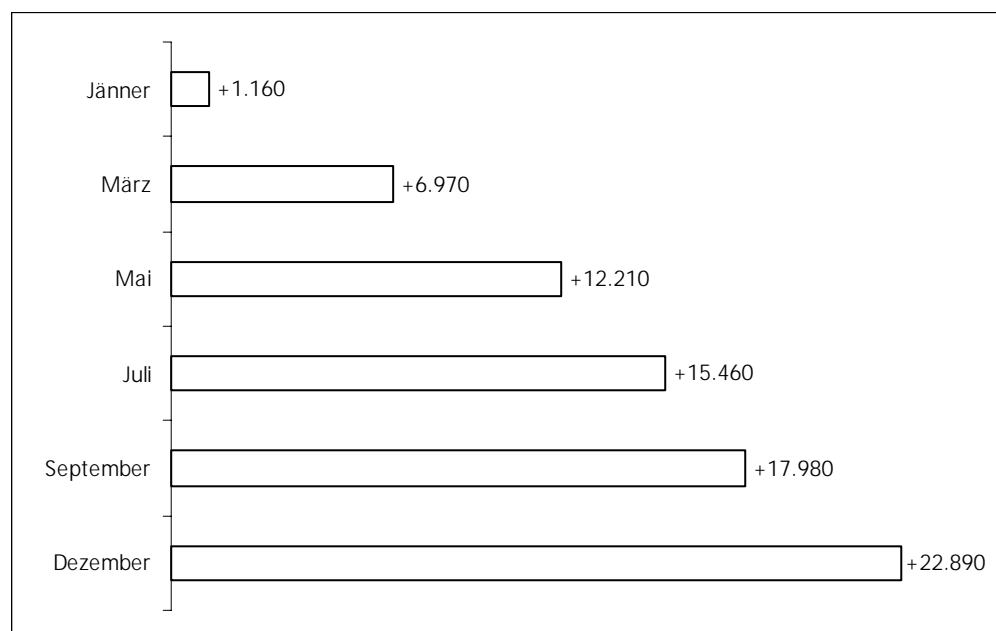
Insgesamt lag im Dezember 2009 die Zahl der Schulungsteilnehmenden um +22.890 höher als im Dezember 2008.

#### Übersicht 21

#### **Teilnehmende an Schulungen des Arbeitsmarktservice**

Veränderungen 2009 gegenüber 2008

Quelle:  
AMS-DWH,  
Stand März 2010



### 3.3

#### **Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen**

Jede Abnahme des Brutto-Inlandsproduktes bringt nahezu automatisch eine Schmälerung der öffentlichen Einnahmen mit sich, da die Bemessungsgrundlagen für Steuern und Abgaben mit den einzelnen Komponenten des BIP korreliert sind.

Was die Umsatzsteuer betrifft, so fiel der tatsächlich eingetretene Einkommensrückgang bei Weitem nicht so hoch aus, wie am Beginn des Wachstumseinbruchs erwartet worden war. Zur Jahreshälfte lagen die Umsatzsteuereingänge um 0,9% unter dem Wert der Vorjahresvergleichsperiode, am Jahresende um 1,0% darunter. Dies spiegelt auch die wachstumsstabilisierende Wirkung des privaten Konsums wider.

Weitaus höhere Rückgänge waren bei den Einkommenssteuern (Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag-, EU-Quellen- und Körperschaftssteuer) zu verzeichnen; diese fielen gegenüber 2008 um –12,9%; das ist vor allem auf die starken Gewinnrückgänge von Unternehmen und die Abwertung von Finanzaktiva zurückzuführen.

Insgesamt gingen die Brutto-Einnahmen um –7,6% zurück.

Bei den Einnahmen der Sozialversicherungsträger wurde der Rückgang der Zahl der Beitragszahlenden (–1,4%) durch den Anstieg der Beitragsgrundlagen (+2,3%) mehr als bloß ausgeglichen; insgesamt ergab sich ein Zuwachs von +0,9%.

Übersicht 22

#### **Einnahmenrückgang aufgrund der Rezession?**

Steuern und Sozialversicherungsabgaben 2008/2009 (Einnahmen in Mio. Euro)

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>Differenz in Prozent</b>
<b>Bruttoeinnahmen (Steuern)</b>	68.528	63.314	–7,6%
– davon Umsatzsteuer	21.853	21.628	–1,0%
– davon Einkommenssteuern	33.826	29.463	–12,9%
<b>Sozialversicherung</b>			
– Zahl der Beitragszahlenden	3.001.508	2.959.807	–1,4%
– Beitragsgrundlagen (Durchschnitt)	2.372,–	2.426,–	+2,3%

---

*Anhang*

---

Verzeichnis der Übersichten	32
Impressum	35

<b>Verzeichnis der Übersichten</b>	Übersicht 1 <b>Veränderung des realen Brutto-Inlandsproduktes</b> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009 (saison- und arbeitstäglich bereinigt)	7
	Übersicht 2 <b>Insolvenzen: Unternehmen, Arbeitsplätze, Passiva</b> Veränderungen in den beiden Halbjahren 2009 gegenüber den Halbjahren 2008, in %	8
	Übersicht 3 <b>Frühwarnsystem: Zahl der Meldungen und beabsichtigten Kündigungen</b> Juni/Dezember 2008 und Juni/Dezember 2009	9
	Übersicht 4 <b>Kurzarbeit: Zahl der betroffenen Personen</b> Ausgewählte Stichtage 2008/2009 (vorläufige Werte »Anzahl Personen«)	10
	Übersicht 5 <b>Teilzeit: Beschleunigt sich der Trend?</b> Teilzeitquoten unselbstständiger Beschäftigter 2008/2009	11
	Übersicht 6 <b>Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen</b> Anzahl absolut und Veränderung 2008 auf 2009	12
	Übersicht 7 <b>Beschäftigungsrückgang, steigende Arbeitslosigkeit</b> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	13
	Übersicht 8 <b>Neuaufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen</b> Werte und Veränderungen 2008/2009	14
	Übersicht 9 <b>Entwicklung des Arbeitsangebotes</b> Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal, 2008–2009	15
	Übersicht 10 <b>Geschlechtsspezifische Entwicklungen</b> Veränderungen 2009 gegenüber 2008, in %	16

Übersicht 11		
	<b><i>Alterspezifische Entwicklung</i></b>	
	Veränderung 2009 gegenüber 2008, in %	17
Übersicht 12		
	<b><i>Arbeitsmarktentwicklung inländischer und ausländischer unselbstständiger Erwerbstätiger</i></b>	
	Veränderung 2009 gegenüber 2008, in %	18
Übersicht 13		
	<b><i>Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bildungsabschlüssen</i></b>	
	Veränderung 2009 gegenüber 2008, in %	19
Übersicht 14		
	<b><i>Durchschnittliche Höhe der Transferleistungen pro Monat</i></b>	
	Oktober 2009	21
Übersicht 15		
	<b><i>Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an den einzelnen Gruppen von Arbeitslosen</i></b>	
	Stichtag Dezember 2009	22
Übersicht 16		
	<b><i>Invaliditätspension: Anträge und Ablehnungsquoten</i></b>	
	Veränderung 2009 gegenüber 2008 (in Prozent/Prozentpunkten=PP)	23
Übersicht 17		
	<b><i>Geldleistungen der offenen Sozialhilfe: die Ausweitung des Personenkreises</i></b>	
	Zahl der Personen (Haushalte) in ausgewählten Gebietskörperschaften	24
Übersicht 18		
	<b><i>Zahl der Personen mit massiven Zahlungsstörungen (Kredite)</i></b>	
	Entwicklung im Laufe des Jahres 2009	25
Übersicht 19		
	<b><i>Der überwiegende Grund für eine Überschuldung</i></b>	
	Einfachnennung bei Erstberatung, 2009	26

Übersicht 20		
	<b><i>Stabilisierung der Erwartungen durch Konjunktur- und Bankenpaket</i></b>	28
Übersicht 21		
	<b><i>Teilnehmende an Schulungen des Arbeitsmarktservice</i></b>	
	Veränderungen 2009 gegenüber 2008	29
Übersicht 22		
	<b><i>Einnahmerrückgang aufgrund der Rezession?</i></b>	
	Steuern und Sozialversicherungsabgaben 2008/2009 (Einnahmen in Mio. Euro)	30

***Impressum***

Eigentümer und Verleger:  
Synthesis Forschung Gesellschaft m.b.H.  
Gonzagagasse 15/3  
1010 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:  
a.o. Univ.-Prof. Dr. Michael Wagner-Pinter  
Synthesis Forschung

Wien 2010